



4. März 2013

Presseerklärung von vdää und medico international zur Krise des griechischen Gesundheitswesens

Durch die Sparpolitik der Troika und der griechischen Regierung werden in Griechenland Menschenleben durch die Verweigerung einer grundlegenden Krankenversorgung riskiert. Zu dieser Einschätzung kommt eine Delegation des vdää und der Menschenrechts- und Entwicklungshilfeorganisation medico international, die vom 25. bis 28. Februar dieses Jahres in Athen und Thessaloniki die Auswirkungen der, auch von der EU und deutschen Regierung, geforderten Auflagen der Troika auf das griechische Gesundheitswesen erkundet hat. „Der Zugang für alle Menschen zu einem qualitativ guten öffentlichen Gesundheitssystem muss an erster Stelle stehen und darf nicht Sparmaßnahmen geopfert werden“, so Prof. Wulf Dietrich vom vdää.

Dies wird unter den aktuellen Bedingungen nicht gewährleistet: Offiziell sind in Griechenland 30%, lt. Angaben von Ärzten, Aktivisten und Politikern, die wir auf unserer Delegationsreise getroffen haben, inzwischen nahezu 50% der Bevölkerung nicht mehr krankenversichert. „Gelder für die Versorgung werden in einem Ausmaß gekürzt, dass man aktuell ohne Übertreibung von einer sozialen und gesundheitlichen Katastrophe sprechen kann“, so Kirsten Schubert von medico international.

Mit was für einem Ausmaß sich diese auf die Sterblichkeit und das Auftreten von Infektionskrankheiten auswirken wird, ist bereits zu erahnen. Solidarische Strukturen können diese Entwicklung nur bedingt abfangen. ÄrztInnen und KrankenpflegerInnen haben mit Hilfen vieler Menschen aus der Bevölkerung so genannte „Solidarische Kliniken“ gegründet, in denen sich unversicherte Menschen in Griechenland (ob mit oder ohne griechischen Pass) umsonst behandeln und mit Medikamenten versorgen lassen können. Mit bewunderungswürdigem Engagement, mit großer Disziplin und Professionalität sowie Organisationstalent kümmern sich hier Aktive um eine Mindestversorgung, die sie angesichts des großen Mangels aber nicht für alle Bedürftigen erbringen können. Oft müssen sie sich dabei auch noch gegen Angriffe und Kritik der Regierung wehren, die jegliche autonome Bewegungen unterdrücken zu wollen scheint.

Diesen GesundheitsaktivistInnen gelten unser großer Respekt und die Solidarität von vdää und medico international. Auch unterstützen wir deren Forderung, in Griechenland ein gutes öffentliches, nicht kommerzialisiertes Gesundheitswesen für alle einzurichten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, ihren Austeritätsskurs aufzugeben und ihren Einfluss in der EU entsprechend geltend zu machen.

Wir stehen den Medien gerne für weitere Informationen zur Verfügung.

*Prof. Wulf Dietrich (Vorsitzender des vdää)
Dr. Nadja Rakowitz (Geschäftsführerin des vdää)
Dr. Bernhard Winter (stellvertr. Vorsitzender des vdää)
Kirsten Schubert (Referentin für Gesundheit, medico international)*